

---

## EntschlieÙung

### Wie viel Föderalismus verträgt das Bildungssystem? BDK: Weichenstellungen sind notwendig!

Die Bundesdirektorenkonferenz (BDK) stellt fest, dass der Föderalismus im Bildungswesen in dramatischer Weise negative Auswirkungen bei der Lehrgewinnung, bei der Lehrerbildung und in der ideologisierenden Diskussion um die Entwicklung der Schulstrukturen hat.

Es gilt, endlich ergebnisorientierte Schritte zu unternehmen, für alle Bereiche der Bildung gemeinsame verbindliche Rahmenbedingungen zu verabreden. Bildungsstandards, einheitliche Abiturprüfungsanforderungen und zentrale Abiturprüfungen sind Schritte in die richtige Richtung.

Die BDK hält eine **Qualitätsoffensive im Lehrerberuf** für dringend erforderlich, um exzellent ausgebildete und hoch motivierte Lehrer in ausreichender Anzahl zu gewinnen.

- Der Lehrerberuf muss in allen Bundesländern für sehr gute Abiturientinnen und Abiturienten attraktiv sein.
- Die Universitäten in allen Bundesländern müssen in der ersten Phase der Ausbildung eine exzellente fachwissenschaftliche und pädagogische Lehrerbildung garantieren.
- In der zweiten Phase der Ausbildung (Referendariat) muss in allen Bundesländern ausreichend Zeit und Gelegenheit sein, unter qualifizierter Anleitung durch Ausbildungslehrer unterrichtspraktische Erfahrungen zu sammeln. Eine zeitliche Kürzung des Referendariats auf weniger als eineinhalb Jahre ist mit einem erheblichen Qualitätsverlust in der Ausbildung verbunden und daher abzulehnen.

Sorgen bereitet auch, dass für Eltern mit ihren Schulkindern ein Umzug in ein anderes Bundesland zunehmend problematischer wird.

Dazu stellt die BDK fest: Die Formulierung von Bildungsstandards durch die Kultusministerkonferenz (KMK) gewährleistet die Vergleichbarkeit und die Qualität der Abschlüsse in den verschiedenen Bundesländern nur in der Theorie. In der Realität zeigen sich - bedingt durch die unterschiedliche Umsetzung in den einzelnen Bundesländern - weiterhin auffallende Unterschiede.

Die BDK fordert die Parlamente und die zuständigen Ministerien in allen Bundesländern auf, für eine abgestimmte Entwicklung des Bildungswesens im föderalen System zu sorgen.

Durbach, 24. September 2009